

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4¼ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7¼ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4¼ Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Bei dem herannahenden Ende des Vierteljahres ersuchen wir unsere Leser um rechtzeitige Erneuerung ihres Abonnements, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig forterhalten. Gleichzeitig ersuchen wir unsere Leser, durch größtmögliche Verbreitung unseres Blattes demselben ihre Unterstützung zukommen zu lassen.

Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes ersuchen wir, bei dem betreffenden Expeditur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da wir von hier aus unser Blatt regelmäßig versenden.

### Die konservative Partei und die rothe Reaktion.

Unser altes Preussisches Lied sagt: „Nicht Ross, nicht Reifige sichern die steile Höh', wo Fürsten stehn.“ Was von den Fürsten gilt, das gilt doch auch von der Regierung, die ein Fürst über sein Land gesetzt hat. Das wissen auch unsere jetzigen Minister. Sie sehen, daß die bloße Furcht vor Soldaten und Beamten nicht einmal in Rußland ausreicht; wie sollte sie denn in Preußen ausreichen, wo, Gott sei Dank, bei weitem die meisten der Soldaten und Beamten noch nicht vergessen haben, daß sie eben so gut zum Volke gehören, wie jeder andere Mensch im Lande. Unser Lied spricht dann weiter von der „Liebe des freien Mannes“, und diese Stütze glaubt man jetzt, wie es scheint, in der sogenannten konservativen Partei gefunden zu haben.

Uns aber scheint diese Stütze sehr schwach, denn die konservative Partei ist nicht nur eine sehr gebrechliche, sie ist auch eine sehr gefährliche Bundesgenossin. Sie gleicht jenem Aegyptischen Rohrstrahl, von welchem der Prophet im alten Testamente sagt, daß er die Hand dessen durchbohrt, der sich auf ihn stützen will. Freilich, wenn bloß die gegenwärtigen Minister dabei zu Schaden kämen, so wäre das ihre Sorge und nicht die unsrige. Wir sind nicht ihre Vormünder, eben so wenig, wie sie

die unsrigen sein sollen. Aber die Sache geht auch uns sehr nahe an; denn die Bundesgenossenschaft der konservativen Partei mit der jetzigen Regierung scheint eine schwere Gefahr für das ganze Land und für jeden unter uns, der von seinem Eigenthum und seiner ehrlichen Arbeit leben will, herauf zu beschwören.

Wenn das bis jetzt noch nicht klar gewesen ist, dem werden die Augen schon aufgehen, wenn er die Reden der Konservativen und Liberalen liest, die am 11., 14. und 15. Februar über das sogenannte Koalitionsrecht oder vielmehr über das Verhältniß unserer Arbeiter zu den Arbeitgebern im Abgeordnetenhaus gehalten worden sind.\*) Wer es noch nicht gewußt hat, der wird wenigstens aus diesen Reden erfahren, daß manche konservative Parteiführer in ihrem Eifer sich schon seit längerer Zeit alle erdenkliche Mühe geben, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzuheben, zunächst in den Städten und dann natürlich auch auf dem Lande. Und diese Hege sind Leute, die zu der konservativen Partei gezählt werden, und zum Theil zu ihren Hauptführern und ihren Hauptrednern gehören.

Wir dürfen aber Niemand Unrecht thun, und sicherlich auch nicht der konservativen Partei. Wir räumen daher gern und aus freien Stücken ein, daß die Mitglieder dieser Partei, wenn man jeden Einzelnen für sich betrachtet, fast lauter ganz unschädliche Leute sind. Gefährlich werden sie nur in ihrer Gesammtheit und nur durch gewisse Führer, die zugleich ihre Verfäher sind. Denn einzeln genommen sind sie meist nur Leute, denen nichts über ihre eigene Ruhe und Bequemlichkeit geht. Sie möchten daher, daß in der ganzen Welt Alles beim Alten bliebe, gerade so, wie es zu Großvaters Zeiten gewesen ist. Am meisten ärgern sie sich, daß sie in Staats-, Kreis- und Gemeindeangelegenheiten selbst Hand an's Werk legen sollen, statt, wie ehemals, die Beamten für sie sorgen zu lassen, und

\*) Die betreffenden Verhandlungen sind jetzt in jedem Buchladen für 5 Elbergrößen zu haben.

daß gar ihr klügerer Nachbar, der doch nur ihres Gleichen ist, auch sein Wort mitredet, während sie selbst den Mund nicht aufthun können, ohne von geistreicheren Leuten ausgelacht zu werden. Diese guten Konservativen würden wohl sicherlich das Wasser nicht trüben, wenn es nicht gewisse Schlaulöpfe im Lande gäbe, die ihre Einsicht sich zu Nuge zu machen verstehen. Diese Schlaulöpfe sind die Herren von der **rothen Reaktion**.

Die rothen Reaktionen sind es, welche die konservative Partei in ihrer Gesamtheit zu einer Gefahr für das Land, und damit natürlich nicht bloß für die freisinnige Mehrheit im Lande, sondern eben so auch für jeden einzelnen Anhänger der konservativen Partei selbst gemacht haben. Das geht aber so zu:

Die rothen Reaktionen sind keine eigentliche politische Partei. Sie sind nur eine ziemlich bunt zusammengewürfelte Gesellschaft von Leuten, die es sich in den Kopf gesetzt haben, um jeden Preis und mit allen nur erdenklichen Mitteln die Herrschaft im Lande an sich zu bringen. Sie wollen alleamt große Herren werden, die Einen aus Begierde nach eiserer Ehre, die Anderen aus Begierde nach Geld und Wohlleben. Um diese Zwecke zu erreichen, haben sie sich zuerst bei den Konservativen eingeschlichen. Sie haben ihnen vorgebetet, daß sie allein im Stande wären, Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten, und alle die schlimmen Neuerungen abzuwehren, die sonst aus der Verfassung vom Jahre 1850 hervorgehen würden. Die Konservativen waren leichtgläubig genug, um durch solche Redensarten sich beschwinkeln zu lassen. Sie sagten zu allem Ja, was die Rothen von ihnen verlangten, und diese konnten nun nicht bloß als die Wortführer, sondern auch als die Häupter der konservativen Partei vor aller Welt sich breit machen. Mit Vergnügen griffen sie das Wort auf, daß sie „eine zwar kleine, aber mächtige Partei“ wären. Zunächst gebeketen sie sich dann als die einzig wahren, aber auch starken Freunde der Krone, wenn die Krone sie nur gewähren lassen wollte. Ferner sprachen sie zu den höchsten, wie zu den niedrigsten Beamten: „Seht, wir sind mächtige Leute, wenn Ihr uns zu Willen seid, dann werden wir schon die Mittel und Wege finden, um Jeden von Euch in seinem Kreise zum unbedingten Gebieter über Bürger und Bauern zu machen. Auch werden wir jeden von Euch je nach den Diensten, die er uns leistet, zu einem besseren und einträglicheren Amte verhelfen.“ Zu den Wägen und Rittergutsbesitzern aber sagten sie: „Bolt unserer Fahne, und Euch sollen die besten und festesten Aemter in Militär und Zivil zufallen, und die Bauern und Insulente und Tagelöhner auf Euren Gütern sollen Euch wieder frohnden und sollen Euch unterthänigsten Rechte werden, wie in der guten alten Zeit der Leibeigenschaft.“ Zugleich redeten sie zu unseren Geistlichen also: Predigt nur Euren Gemeinden vor, daß ein konservativer Gutsherr und ein konservativer Landrath jedesmal ihre von dem lieben Gott selbst ernannte Obrigkeit ist; predigt ihnen nur vor, daß sie an die Worte der

konservativen Blätter eben so glauben müssen, als wenn sie in der Bibel ständen, und wir werden schon dafür sorgen, daß Eure Gemeinden Euch in allen Stücken, in geistlichen wie in weltlichen Dingen, gerade so gehorchen sollen, als ob der liebe Gott selbst aus Eurer Munde zu ihnen redete.“ Vor Allem aber drängten sich die rothen Reaktionen an die Soldaten und besonders die Offiziere. „Tretet für die konservative Partei unter allen Umständen ein, (so sprachen sie zu ihnen) und lehret Euch nicht daran, auch wenn der König selbst einmal ein liberales Ministerium ernennen sollte. Thut Ihr, wie wir Euch heißen, so sollt Ihr die Herren im Lande sein, und kein Bürger und Bauer soll sich unterstehen dürfen, gegen Euch auch nur zu mühen.“

Mit solchen Reden und Verführungen haben denn die rothen Reaktionen seit Ende des Jahres 1848, besonders aber seit 1850 Manches erlangt, aber noch lange nicht Alles, was sie wünschen, denn glücklicher Weise fanden sie doch nur bei einem verhältnismäßig nicht großem Theile unserer Beamten und Geistlichen, unseres Adels und unserer Rittergutsbesitzer, unserer Offiziere und Soldaten ein bereitwilliges Gehör. Aber hätten sie auch mehr gefunden, so können sie den Staat doch nicht nach ihrem Sündbunde beherrschen, so lange das Abgeordnetenhaus nicht in ihren Händen ist. Da geht denn all ihr Sinnen und Trachten darauf, die Mehrzahl der Wähler im Lande für sich zu gewinnen. Sie suchen sich einen **Anhang unter denen**, die eigentlich nicht zur konservativen Partei, geschweige denn zu der ihrigen sich zählen. So verlusten sie es zuerst mit denjenigen Handwerksmeistern, denen noch der alte Jungstopp hinten hängt. Aber alle Welt weiß, wie lächerlich die **Brüdererschaft** in der Luft verpuffte, die sie mit Meister Panke und **Genossen** geschlossen hatten. Deshalb haben sie denn ein anderes **Mandier** versucht, das zwar auch lächerlich genug, aber dabei im höchsten Grade gefährlich ist. Dieses **Mandier** ist vorzugsweise in den Debatten vom 11., 14. und 15. Februar aufgedeckt worden. Wir werden **nächstens** ausführlich darauf zurückkommen. Für heute nur so viel:

Die rothen Reaktionen haben in vollem Einklang mit jenen falschen Demokraten, die man auch rothe Republikaner nennt, den Arbeitern eingewunden gesucht, daß es Thorheit sei, wenn sie dächten, ihre Lage durch Sparantleit, Fleiß, Erweiterung ihrer Kenntnisse und freie Genossenschaften selbst verbessern zu können. „Wollt Ihr es zu haben“, sagten sie zu ihnen, „so geht mit uns Hand in Hand. Die Kapitalisten wollen Euch keinen Kredit geben. Wir aber werden dafür sorgen, daß der Staat Euch das nöthige Geld giebt, damit Ihr allein Fabriken und Werkstätten anlegen könnt.“ Wenn sie aber heute so zu den städtischen Arbeitern sprechen, so werden sie morgen auch zu den ländlichen Arbeitern sagen müssen: „Tretet auf unsere Seite, und der Staat soll Jedem von Euch ein Stück Acker geben, groß genug, daß Ihr nicht mehr für den Bauer und den Gutsbesitzer zu arbeiten braucht.“

Natürlich denken sie jetzt noch nicht daran, ihr Versprechen zu halten, und wenn sie daran dächten, so würde alles Geld und aller Acker im Lande nicht ausreichen, um auch nur den zehnten Theil aller Ansprüche zu befriedigen. Aber gesetzt den Fall, es wäre eine größere Zahl von Arbeitern in Stadt und Land verblendet genug, in eine so grobe Falle zu gehen; gesetzt den Fall, es ließen die anderen Klassen der Bevölkerung durch die Drohungen der Volkserführer und durch die Annahme der Verführten sich so einschüchtern, daß das nächste Mal wirklich die Mehrheit im Lande konservativ wählte: was würde die Folge davon sein? Natürlich keine andere, als daß die Herren von der rothen Reaktion aus Furcht vor ihren drohenden Bundesgenossen es mit Hilfe des Herrenhauses und des dann auch konservativen Abgeordnetenhauses würden durchsetzen müssen, daß wenigstens ein größerer Versuch mit Staatsunterstützungen und Ackerbeihilgen gemacht werde. Das wäre an sich schon Unglück genug. Aber das Schlimmere würde noch kommen. Es würden dann die, die leer ausgegangen sind, die gleiche Staatshilfe aus dem Eigenthum ihrer Mitbürger fordern, und da sie die nicht bekommen könnten, so würden Aufruhr und Verwüstung und wohl gar Mord und Todtschlag durch alle Städte und Dörfer des ganzen Landes toben.

Man tröste sich nicht damit, daß es so schlimm nicht kommen werde. So schlimm freilich nicht. Dazu ist zu viel Verunft und rechtsschaffener Sinn durch alle Klassen des Volkes, durch Reich und Arm, durch Hoch und Niedrig, verbreitet. Aber schlimm genug wird es dennoch werden, wenn wir es jemals zulassen, daß die Konservativen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause den Sieg davon tragen.

Und dann bedenken wir noch Eines:

Die gegenwärtige Regierung fürchtet selbst die Umtriebe der rothen Reaktion. Aber so lange sie sich auf die konservative Partei stützt, so lange kann sie auch die rothe Reaktion nicht genügend im Zaume halten.

### Politische Wochenschau.

**Preußen.** Die direct an die Deffenstikkeit tretende Thätigkeit unserer Abgeordneten war im Laufe dieser Woche eine sehr beschränkte. Sie beschäftigte sich, wenn wir von der Aufhebung einiger veralteten Gesetzesbestimmungen, die in einem kleinen Theile der Monarchie noch Gültigkeit haben, absehen, vorzugsweise mit zwei Petitionen, von denen die eine die Stellung der Staatsanwaltschaft betraf, und von mehr prinzipieller als augenblicklich praktischer Bedeutung war. Die zweite Petition verlangte die Aufhebung der Wuchergesetze, welche sehr dem Nicht-Kaufmann die Aufnahme von Darlehen erschweren. Die Regierung hatte vor fünf Jahren die Aufhebung dieses mittelalterlichen Gebühres beauftragt: damals scheiterte der Versuch an dem Widerstande des Herrenhauses. Heute, wo andere Personen auf der Ministerbant sitzen, hält die Regierung es nicht für nothwendig, eine Gesetzesbestimmung abzuschaffen, welche allen vermannungsmäßigen volkswirtschaftlichen Anschauungen geradezu in's Gesicht schlägt. Die Schwärmer für alte mittelalterliche Einrichtungen, die Hochkonservativen, meinten, es liege im Interesse

des Grundbesitzes, daß er nur einen beschränkten Zinssfuß zahlen dürfe, während es doch eine nicht zu läugnende Thatfache ist, daß große und sehr begüterte Grundbesitzer in ihren Kreisen den sich bildenden Vorkaufskassen beitreten, weil sie dadurch das Recht erlangen, 8 Prozent Zinsen und mehr zu zahlen. Das Vorhandensein solcher Thatfachen stört natürlich die Herren von der hochkonservativen Partei nicht.

Wie es heißt, ist die Regierung jetzt sehr eifrig mit der Aufstellung eines Flottengründungsplanes beschäftigt. Derselbe soll sehr weitansiehend sein und werden schon, Angesichts der bedeutenden Geldforderungen, welche die Regierung für die Landarmee stellt, Bedenken laut, ob es nicht zweckmäßiger sei, sich vor der Hand nur auf das zu beschränken, was zur Verbesserung unserer Küsten nothwendig sei. Auf welche Weise die Regierung die Mittel für die Verwirklichung ihres Flottengründungsplanes aufzubringen gedenkt, darüber herrscht noch große Unklarheit. Das Einfachste wäre natürlich eine Anleihe, aber diesem einfachen Mittel sieht die noch einfachere Thatfache gegenüber, daß unsere Volkvertretung während der Dauer des budgetigen Zustandes der Regierung keine Anleihe bewilligen wird, ein Verfahren, bei welchem sie sich des Beistandes des gesammten preussischen Volkes erreset. Eine andere Idee, welche vielfach besprochen wird, ist, daß man auf die Vermehrung der Flotte, welche ja doch nicht mit einem Schläge, sondern nur allmählig geschehen kann, die sächlichen Ueberhörschüsse, welche unser Staatshaushalt ja jetzt regelmäßig aufweist, zu verwenden gedenkt. Verlockend ist allerdings dieser Plan auf den ersten Blick, und wahrscheinlich ist er durch die sichere Erwartung auf die Verbesserung der Anleihe hervorgerufen. Aber wenn wir auch ganz absehen von der Frage, ob solche Ueberhörschüsse auch vorhanden sein werden, wenn einige der vom Volke und von der Volkvertretung dringend geforderten Steuerermäßigungen eingetreten sind, so müssen wir doch darauf aufmerksam machen, wie sonderbar sich ein solcher Plan in einem konstitutionellen Staate ausnimmt. Nach dem Art. 99 der Verfassung werden die Einnahmen und Ausgaben des preussischen Staates alljährlich durch ein Gesetz festgestellt. Wenn nun auch seit drei Jahren durch den Verfassungskonflikt, unter dessen Druck unsere Entwicklung leidet, ein solches Gesetz nicht zu Stande gekommen ist, so läßt sich doch die Existenz dieses Verfassungs-Paragraphe nicht fortlassen, und die berühmte Theorie von der Lücke ist ja auch jetzt schon wieder aufgegeben. Werden aber Einnahmen und Ausgaben alljährlich durch ein Gesetz festgestellt, so sieht doch wohl Jeder ein, daß von Ueberhörschüssen nicht eher die Rede sein kann, als bis diese Feststellung erfolgt ist, daß also jeder Finanzplan, welcher auf die Verwendung dieser Ueberhörschüsse gegründet ist, das Eigentümliche hat, mit Summen zu rechnen, deren Größe, ja deren Vorhandensein überhaupt, mehr als unsicher ist. Man sieht, die verlockende Idee, die Kammer auf solche Weise zur Genehmigung des Flottengründungsplanes zu bewegen, daß man angeblich keine neue Anleihe dazu verlangt, scheitert an dem einen Uebelstand, daß die Kammer nicht über Gelder verfügen kann, von deren Vorhandensein sie nichts weiß und auch nichts wissen kann. Sie scheitert aber noch sicherer daran, daß die Volkvertretung dadurch das Budgetrecht ihren nach drei Jahren gesetzlich eintretenden Nachfolgern verkleinern und sie in die Lage versetzen würde, die Budgetvorlagen der Regierung, welche mit solchen Ueberhörschüssen abschließen, annehmen zu müssen, um einem vorhandenen Gesetze und möglicherweise

eingegangenen Verpflichtungen zu genügen. Durch die Annahme eines solchen Planes würde das Budgetrecht und damit die politische Bedeutung der Volksvertretung auf eine Reihe von Jahren brach gelegt werden.

Der in Pnyth zum Bürgermeister gewählte ehemalige Bürgermeister in Berlin'schen Landstrich ist nicht bestätigt worden. Die Nichtbestätigung der Wahl des Kommerzienrathes Majon zum unbesetzten Stadtrath in Remel ist vom Oberpräsidium aufrecht erhalten worden, dagegen hat dasselbe sich mit der Wahl des Konrads Sternberg, welcher gleichfalls von der Regierung nicht bestätigt worden, einverstanden erklärt. Dem in Anklam zum Schuldeputirten gewählten Aufsichtsrath Brasche ist die Bestätigung versagt worden. In Ankerburg haben die Stadtverordneten wiederholt den nichtbestätigten Rentier Doherty zum Stadtrath gewählt, und ist derselbe jetzt bestätigt worden.

In der Provinz Preußen ist jetzt der Gutbesitzer John Reitenbach auf Pflichten nicht mehr der Einsige, welcher die Zahlung der Steuern verweigert. Der Abgeordnete Frenzel hat der betreffenden Behörde angezeigt, daß er die neue Gebäudesteuer nicht zahlen werde. Ebenso haben sieben Hofbesitzer in Gützlind, die Herren Halbe, G. Wannow, Walzahn, Ortmann, G. Haafelau, Bulke und P. Wannow dem Schulgenant angezeigt, daß sie die neue Grund- und Gebäudesteuer erst zahlen würden, sobald ein Staatshaushaltsgezet verfassungsmäßig zu Stande gekommen sei. Es sind deshalb bei ihnen Pfändungen vorgenommen worden. Auch in Marienburg haben zwei Hausbesitzer die Zahlung der Gebäudesteuer verweigert.

In Burg, wo sich viele Zuckfabriken befinden, haben sich alle Fabrikanten, bis auf zwei, vereinigt, und eine neue Fabrikordnung festgesetzt, welche in vielen Punkten das Mißfallen der Arbeiter erregt hat. Da die Fabrikanten erklärten, daß jeder, der sich der neuen Ordnung nicht fügen wolle, abgehen könne, traten die Arbeiter sämtlich aus und so feiern jetzt dort 1000 Arbeiter. Derselben enthalten sich jedes Gresses und haben sich um Abhilfe ihrer Klagen nach Berlin gewandt. Die Behörden von Burg müssen es aber wohl nicht für möglich gehalten haben, daß die Arbeiter sich streng an das Gesetz, welches den Fabrikherren ja ebenso wie den Arbeitern jede Koalition verbietet, halten würden, und sie haben deshalb Militär nach der Stadt gezogen. Nöthig war das der Arbeiter wegen nicht, wie der Erfolg zeigt, denn so weit wie die Sache bis jetzt übersehen können, sind nur von den Fabrikanten Verträge gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen begangen worden.

#### **Preussische Forderungen in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit.**

Entlich hat die preussische Regierung die Schweigen in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit gebrochen. Sie hat in einer, am 21. Februar an das Wiener Kabinet gerichteten Depesche die Bedingungen auseinandergesetzt, deren Annahme sie zur Ordnung dieser Angelegenheit für notwendig hält. Nach Angabe von Wiener Blättern, die allerdings noch der Bestätigung bedürfen, ist der Inhalt dieser Depesche ungefähr folgender: „Das Preussische Kabinet glaube vor Eingehen auf die von Oesterreich dargelegten Anschauungen die praktischen Zielpunkte, welche Preußen leiten, feststellen zu müssen. Dazu solle die Darlegung der Forderungen an die Herzogthümer dienen, welche das preussische Kabinet zur Sicherstellung der Interessen Preußens und Deutschlands aufstelle. Sünde diese Darlegung der praktischen Zielpunkte als Grundlage weiterer Verhandlungen die Anerkennung Oesterreichs, so

sei Preußen bereit, irgend einen Modus zu vereinbaren, um zur Konstitution der Herzogthümer mit monarchischer Grundlage zu streiten, wobei lediglich nach den Grundätzen des Rechts vorzugehen sein würde. Bei einer Zwangseingriffnahme der dynastischen Frage würden dem Bunde gewisse Rechte auf Holstein, nicht aber auf Schleswig zustehen. Die Forderungen Preußens seien: Territorialhoheit über Rendsburg, Kiel, Eckernförde und Lyck, sowie über die Ufergelände des Nordostseekanals, ferner das Recht zur Aushebung von Matrosen, die unbeschränkte Verfügung über die Truppen der Herzogthümer im Kriegsfall und deren Stellung unter Preussischen Oberbefehl im Frieden; die Verwaltung der Bälle, des Post- und Telegraphenwesens, Vortheile bei Benutzung des Nordostseekanals und Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein.“ Man sieht, von der Annexion ist in dieser Depesche keine Rede, dafür fordert dieselbe aber alles das, was von der liberalen Partei seit Jahren gefordert wird, und zwar nicht nur in Bezug auf Schleswig-Holstein, sondern auf alle deutschen Staaten. Natürlich werden die begabten Schreiber der Regierung uns sehr bald beweisen wollen, daß das Ministerium dieses Programm ja von Anfang an gehabt hat, nur schade, daß ihnen kein Mensch im ganzen Lande glaubt. Ob aber das Preussische Kabinet mit Energie auf die Erfüllung der mitgetheilten Forderungen bestehen wird, das muß zweifelhaft erscheinen, denn der Preussische Gesandte in Wien soll die Ueberreichung der Depesche mit einer Erklärung begleitet haben, welche die Wirksamkeit des Schriftstückes ganz vollständig aufhebt. Er hat hervorgehoben, daß das Berliner Kabinet allerdings im Großen und Ganzen die Einräumung und Sicherstellung der jetzt übergebenen Forderungen als die unerlässliche Vorbedingung der Konstitution Schleswig-Holsteins betrachte, daß es aber gleichwohl schon jetzt keinen Anstand genommen haben würde, in Berücksichtigung der inzwischen gepflogenen vertraulichen Verhandlungen einzelne Punkte jener Forderungen anders zu fassen, wenn es nicht vor allen Dingen den Wunsch hätte begen müssen, nicht durch eine theilweise Umarbeitung die Ueberreichung des einmal fertigen Werkes aufs Neue zu verzögern, und daß es deshalb sofort jener Vereitwilligkeit Ausdruck leiht, hinsichtlich der gedachten Punkte den abweichenden österreichischen Anschauungen aus jetzt noch alle nach Lage der preussischen Interessen irgend thunliche Rechnung zu tragen. Das heißt also in's Deutsche übersezt: die Preussische Regierung möchte zwar gern die in der Depesche ausgebrochenen Forderungen durchsetzen, wenn aber Oesterreich, der Mittlerer in den Herzogthümern, nicht will, so wird man sich auch mit weniger begnügen.

Wir sind ganz überzeugt, daß Oesterreich, welches ja ganz andere Interessen hat als Preußen und Deutschland, nicht daran denkt, auf die preussischen Forderungen einzugehen, es möchte denn sein, daß man für die Einwilligung Oesterreichs einen Preis zahlt, welcher sich mit der Ehre unseres Staates nicht verträgt. Dieser Preis ist in österreichischen Blättern schon angedeutet, es ist die Abtretung der Grafschaft Glatz. Wir brauchen wohl kaum darauf hinzuweisen, daß sich in Preußen kein Ministerium finden wird, welches einen solchen Vertrag abschließt, keine Volksvertretung, welche ihn genehmigt, und kein Monarch, welcher ihn unterzeichnet. Das möge man in Wien bei Stellung der Bedingungen nicht vergessen.